

Protokoll Nr. 9 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

Sitzungstermin: Montag, 26.11.2018
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:40 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Kruse, Detlef

SPD-Fraktion
Bamminger, Berendine
Meinen, Regina
Pohlmann, Marianne

GfE-Fraktion
Eichhorn, Jochen für Thomas Geiken

CDU-Fraktion
Bongartz, Helmut für Dr. Hermann Ringena
Ohling, Albert

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Böckmann, Jürgen

FDP-Fraktion
Frerichs, Uwe
Mälzer, Frank

Beratende Mitglieder
Lübben, Ernst Freiwillige Feuerwehr
Peper, Arno Leiter des Polizeikommissariats Emden

Verwaltungsvorstand
Docter, Andreas Stadtbaurat

von der Verwaltung
Büüsker, Wilhelm
de Boer, Stefan
Lenz, Bernd
Ubben, Wolfgang
Wegbänder, Martin
Post, Hinrich
Suhr, Roberta

Protokollführung
Bleeker, Sonja

Protokoll Nr. 9 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Kruse begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 8 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 25.09.2018

Beschluss: Das Protokoll Nr. 8 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 25.09.2018 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Ein Bürger erkundigt sich zum Beratungsthema des TOP 6 „Müllpolizei“, Antrag der SPD-Fraktion, nach der Vorgehensweise der Stadtverwaltung im Umgang mit illegaler Müllentsorgung und welche Bestrafungen mit welchem finanziellen Ausmaß bei diesen Vergehen erfolgen. Außerdem erkundigt er sich danach, ob derzeit Beschäftigte der Verwaltung durch entsprechende Fortbildungen für die Müllproblematik eingesetzt werden könnten und ob möglicherweise ein entsprechender personeller Einsatz dann Auswirkungen auf den Tourismus in Emden haben könnte.

Herr Docter erklärt, dass für das finanzielle Ausmaß von Strafen bei Müllvergehen die Verhältnismäßigkeit betrachtet werden müsse. Entscheidender sei jedoch die Ermittlung und der Nachweis von Müllvergehen. Daher sei es seiner Meinung nach notwendig, flächendeckend und zu jeder Tageszeit zu ermitteln, damit Täter überhaupt mit Nachweis entdeckt würden. Ein weiteres Problem sieht er auch in einer fehlenden Unterstützung durch Zeugen. Er macht darauf aufmerksam, dass sowohl die Untere Abfallbehörde vom Umweltamt sowie die Mitarbeiter vom Bau- und Entsorgungsbetrieb (BEE) darauf hingewiesen seien, Verdachtspunkte von Tä-

Protokoll Nr. 9 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

tern zu melden. Weitere Schritte werden dann über ein Ordnungswidrigkeitsverfahren geregelt. Mehr Erläuterungen werde es bei der Beratung des Tagesordnungspunktes geben.

Herr Kruse bedankt sich bei dem Bürger für die Frage.

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 5 17. Änderung der Verordnung über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen im Gelegenheitsverkehr mit Taxen in der Stadt Emden
Vorlage: 17/0949

Herr Ubben erläutert gemäß der o. g. Vorlage die Änderung der Verordnung über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen im Gelegenheitsverkehr mit Taxen in der Stadt Emden. In dem aktuellen Änderungsantrag, der auch gleichlautend bei anderen Gebietskörperschaften gestellt wurde, werde neben Anpassungen in den Kilometerpreisen nun erstmalig eine zusätzliche Ergänzung um einen Zuschlag i. H. v. 10,00 € für die Beförderung einer Person in einem nicht umsetzbaren Rollstuhl, d. h. mit einem speziell für Rollstuhlbeförderungen ausgerüsteten Fahrzeug, beantragt. Begründet werde der Zuschlag insbesondere durch die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns. Auch von den umliegenden Gebietskörperschaften werde dieser Zuschlag für die Rollstuhlbeförderung durchweg sehr kritisch und ablehnend beurteilt. Die Anhebung der Kilometerpauschale hingegen werde seiner Ansicht nach als unproblematisch gesehen. Ergänzend teilt er mit, dass in Emden ein Unternehmen über ein entsprechendes Spezialfahrzeug verfüge und der Einschätzung nach würden 80 – 100 Transporte pro Jahr dafür in Anspruch genommen. Weiter weist er darauf hin, dass die Gebietskörperschaften in Ostfriesland/Friesland/Wilhelmshaven bislang über Anträge auf Anpassung der Beförderungsentgelte immer eine Einigung erzielt haben, damit eine einheitliche Preisstruktur angeboten werde. Aufgrund des noch laufenden Anhörungsverfahrens von Verbänden und Unternehmen werde jedoch noch keine der Gebietskörperschaften die vom Gesamtverband angestrebte Erhöhung zum 01.01.2019 umsetzen. Daher diene die Mitteilungsvorlage zur Information der Sachlage mit der Bitte um ausführliche Beratung in den Fraktionen.

In Bezug auf die von dem Taxiunternehmen geschätzten 80 – 100 Transporte pro Jahr mit einem speziell für Rollstuhlbeförderung ausgerüstetem Fahrzeug stellt **Herr Eichhorn** die Frage, wie häufig Personen, die nicht über entsprechend finanzielle Mittel verfügen, dieses nutzen würden.

Herr Böckmann äußert zu den Ausführungen seine Bedenken und hält eine Beratung in den Fraktionen für richtig.

Herr Docter gibt an, dass Zuschüsse nur für Personen mit Anspruch auf entsprechende soziale Hilfen erteilt werden.

Herr Böckmann spricht zu diesem Punkt ergänzend an, dass es sich seines Erachtens nach auch um eine moralische Frage handele.

Herr Eichhorn wirft ein, die Anzahl der Spezialfahrzeuge zu erhöhen.

Herr Bongartz sieht keine Möglichkeit, Taxiunternehmen zum Kauf entsprechender Spezialfahrzeuge zu bewegen. Gemäß der Mitteilungsvorlage befürwortet er, dass das Verhalten der

Protokoll Nr. 9 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

umliegenden Gebietskörperschaften abzuwarten sei. Er spricht sich auch für eine Beratung in den Fraktionen aus.

Herr Ubben ergänzt, es bestehe seitens der Unternehmen keine Verpflichtung zur Anschaffung von speziell für Rollstuhlbeförderungen ausgerüsteten Fahrzeugen.

Abschließend hält **Herr Kruse** fest, dass eine Beratung in den Fraktionen stattfinden solle.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN

TOP 6 Müllpolizei
- Antrag der SPD-Fraktion vom 21.09.2018
Vorlage: 17/0942

Frau Bamminger erläutert den Antrag ihrer Fraktion. Zu der in der Vorlage aufgeführten Stellungnahme der Verwaltung bestehe ihrerseits Klärungsbedarf in Bezug auf die zwei zusätzlichen Stellen, die für die kurzfristige Beseitigung von herumliegenden Müll beim Bau- und Entsorgungsbetrieb Emden (BEE) eingerichtet werden sollen. Sie bemängelt auch den Präventions-Aspekt, der ihrer Meinung nach vom Abfallberater des BEE nicht entsprechend durchgeführt werde. Weiter bemerkt sie, dass diese Fragen nicht in diesem Ausschuss beantwortet werden können, da sie in den Bereich des BEE fallen. Deutlich weist sie auf die Müllproblematik im Stadtgebiet, insbesondere im Stadtteil Barenburg hin und nennt als Beispiel die Eggenstraße Nummer 2. Besonders die Kostenübernahme für den Abtransport von illegalem Müll stelle ein Problem dar. Damit solchen Vergehen entgegengewirkt werden könne, bittet sie um Zustimmung für die Einrichtung einer „Müllpolizei“. Zusätzlich macht sie auf die Problematik im Bereich des Sperrmülls aufmerksam.

Herr Mälzer signalisiert Verständnis für die von Frau Bamminger erläuterte Müllproblematik. Trotzdem werde seine Partei den Antrag nicht unterstützen. Seiner Meinung nach sei es vielleicht ein zusätzlicher Eingriff in die Aufgaben der Polizei. Für seine Partei stünde eine Beaufsichtigung der Bevölkerung nicht im Vordergrund, die Prävention durch den Abfallberater an Schulen und auch bei ausländischen Mitbürgern hält er für wichtiger. Er bezweifelt, dass durch den Einsatz einer „Müllpolizei“ Abhilfe geschaffen werden könne. Er fordert die Verwaltung auf, sich weitere Gedanken wegen dieser Problematik zu machen.

Herr Docter verweist in diesem Zusammenhang auf die Vorlage.

Die Erläuterungen von Frau Bamminger kann auch **Herr Bongartz** nachvollziehen. Gerade der Stadtteil Barenburg sei für die Müllproblematik prädestiniert. Obwohl seiner Meinung nach das Müllsystem der Stadt Emden bürgerfreundlich und kostengünstig organisiert ist, sei die Undiszipliniertheit der Bürger in dieser Hinsicht zu bemängeln. Die von der SPD-Fraktion geforderte Müllpolizei, als eine Einrichtung der Verwaltung, bei dem sich Bedienstete um das Müllproblem kümmern sollen, hält er für problematisch. Auch die Schwierigkeit der Kostenübernahme für die Abfuhr sowie für die Stellenfinanzierung macht er deutlich. Stattdessen plädiert er für eine elegantere Lösung, nämlich die Müllbeseitigung durch den BEE. Notfalls müssten hier die Abfuhrkosten über die Solidargemeinschaft getragen werden.

Protokoll Nr. 9 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

Herr Eichhorn schließt sich den Ausführungen von Herrn Bongartz an. Die Müllproblematik sei an vielen Stellen der Stadt zu sehen und auch den Ratsmitgliedern bekannt. Trotzdem sei seiner Meinung nach der Einsatz einer Müllpolizei nicht das richtige Mittel zur Problembeseitigung. Er plädiert dafür, Hauseigentümer mehr in die Verantwortung zu nehmen und kritisiert in diesem Zusammenhang auch gewisse Handhabungen der Bürger in Bezug auf die Sperrmüllabfuhr. Obwohl er konform mit der Meinung von Frau Bamminger sei, werde seine Fraktion dem Antrag, aufgrund der Verursachung von zusätzlichen Kosten für Personaleinstellungen, nicht zustimmen. Stattdessen stimmt er dem Vorschlag von Herrn Bongartz zu, dass der BEE im Zuge ihrer allgemeinen Tätigkeiten die Aufräumarbeiten miterledigen könne. Ergänzend vertritt er die Meinung, dass Beschäftigte des BEE nicht an der Obergrenze ihrer Arbeitsbelastung seien. In Bezug auf die Eggenstraße Nr. 2 schlägt er vor, dass die Kosten für die Müllentsorgung über die Grundsteuer vom Eigentümer zurückgeholt werden könnten.

Herr Böckmann meint, dass Müll letztendlich durch die Solidargemeinschaft gestemmt werde. Zur Problemlösung regt er an, andere Wege über das Ordnungsamt zu finden.

Herr Docter äußert nochmals seine Unzufriedenheit mit der Situation und mit dem Verhalten der Bürger, die derartige Müllsünden begehen. In diesem Zusammenhang weist er auch auf die Anpassung der Müllgebühren hin und nennt Beispiele für die kostenlose Müllentsorgung. Weiter informiert er, dass für Bildungsmaßnahmen in den Grundschulen zum Thema Abfalltrennung Zuschüsse von der Stadt erteilt werden. Er sei ebenfalls der Ansicht, dass die Entsorgungskosten für illegalen Müll letztlich von der Solidargemeinschaft getragen werden. Deutlich macht er, dass sich die Stellungnahme der Verwaltung auf das Haushaltsjahr 2018 beziehe und zusätzliches Personal für die Ermittlung bei Müllvergehen nicht vorgesehen sei. Hohe Einnahmen seien diesbezüglich ebenfalls nicht zu erwarten, da die Ahndung bei Müllvergehen in den meisten Fällen schwierig und die Ordnungswidrigkeit selten nachzuweisen sei. Hinzu komme, dass bei einem Müllproblem auf einem Privatgrundstück die Stadt nicht in der Verantwortung stehe.

Frau Pohlmann erläutert die Gründe für den Antrag ihrer Fraktion und macht den dringenden Handlungsbedarf wegen der Müllproblematik deutlich. Den Vorstoß ihrer Fraktion, eine Müllpolizei einzusetzen, würde ihrer Meinung nach Akzeptanz bei den Bürgern finden und ein Instrumentarium zur Regelung sein. Verursacher könnten dann mit entsprechenden Geldstrafen erzogen werden.

Die Sauberkeit der Stadt dürfe, nach Meinung von **Frau Bamminger**, keine Kostenfrage sein.

Herr Mälzer äußert nochmals Verständnis zum Vorstoß der SPD-Fraktion. Er habe Bedenken bezüglich der Kosten bei einem Einsatz von weiterem Personal.

Herr Frerichs erkundigt sich in diesem Zusammenhang nach der Regelung in Bezug auf Sperrmüll.

Herr Docter informiert gemäß der entsprechenden Satzung für Sperrmüll über die Verantwortlichkeiten.

Herr Böckmann fasst zusammen, dass letztendlich die Solidargemeinschaft für die Müllentsorgung aufkommen müsse. Unterstreichen möchte er, dass bei der Problematik auch das Hygieneproblem nicht außer Acht gelassen werde dürfe. Er schlägt zur Abschreckung der Delikte vor, drakonische Strafen auszuprobieren.

Am Beispiel einer Gegenrechnung macht **Herr Docter** deutlich, dass für die erfolgreiche Entdeckung eines Verursachers eine Überwachung an sieben Tagen der Woche rund um die Uhr in

Protokoll Nr. 9 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

allen Stadtteilen erforderlich sei. Dieses ließe sich mit zwei Mitarbeitern schwierig bewerkstelligen.

Beschluss: Der Rat beschließt den in der Vorlage 17/0942 abweichenden Beschlussentwurf der Verwaltung.

Ergebnis: abweichender Beschluss

Dafür: 7	Dagegen: 3	Enthaltungen: 0
----------	------------	-----------------

TOP 7 Temporäre Sperrung der Neutorstraße zwischen Rathausplatz und Kreuzung Agterum
- Antrag der GfE-Fraktion vom 17.10.2018
Vorlage: 17/0939

Herr Eichhorn erläutert den Antrag seiner Fraktion und gibt an, dass die Verkehrsberuhigung der Neutorstraße ein formuliertes Ziel ihres Wahlprogramms sei. Eine Hauptverkehrsstraße durch die Innenstadt sei seiner Meinung nach nicht mehr zeitgemäß. Deshalb möchte er den Versuch einer temporären Sperrung der Neutorstraße zwischen Rathausplatz und Agterum für Kraftfahrzeuge für einen Zeitraum von zwei bis vier Wochen wagen. Den Vorstoß hierfür erbringt er durch eine eigene Verkehrszählung und teilt Ergebnisse mit. Weiter erkundigt er sich nach dem Zahlenmaterial früherer Untersuchungen und erwähnt in diesem Zusammenhang auch vergangene Planungsideen zur Umlenkung des Innenstadtverkehrs. Zur Probe der temporären Sperrung schlägt er deshalb vor, die Gelegenheit des derzeitigen Kaufhallenabrisses zu nutzen. Somit könne erforscht werden, ob die Umgestaltung der Straße zu einer Fußgängerzone später auch permanent möglich sei. In Bezug auf den Standort des Wochenmarktes regt er an, dass die Markthändler während des Zeitraums der Umgestaltung des Neuen Marktes alternativ die gesperrte Neutorstraße nutzen könnten.

Herr Docter gibt als Zwischenbericht bekannt, dass die Hochschule Emden-Leer beauftragt sei, eine Untersuchung der Verkehrsströme in der Innenstadt vorzunehmen. Die Antragsbeschlussvorlage hierzu käme in 2019.

Herr Bongartz teilt seine grundsätzliche Einschätzung zur Sperrung der Neutorstraße mit und erinnert an Erfahrungen bei einem vergangenen Sperrungsversuch, die er seinerzeit als Leiter des Polizeikommissariats gesammelt habe. Eine Sperrung sei vermutlich auch jetzt noch ein schwieriger Eingriff in die Verkehrsführung und deshalb werde seine Fraktion zunächst auf die Untersuchungsergebnisse der Hochschule warten, um dann erneut in die Diskussion einzusteigen. In diesem Zusammenhang spricht er das diesbezüglich noch zu erarbeitende Gutachten an und erinnert an den hierzu gefassten VA-Beschluss Anfang des Jahres. Er bedauert den Umgang mit Aufträgen, die an die Verwaltung gegeben wurden.

Herr Mälzer schließt sich den Worten von Herrn Bongartz an und äußert Unverständnis für die Arbeit der Verwaltung. Seine Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen und möchte zunächst auch die Ergebnisse der Untersuchung abwarten.

Herr Böckmann bedauert ebenfalls, dass die Planung für die Untersuchung noch nicht weiter vorangeschritten sei. Er regt eine kreative Stadtplanung an und nennt hierzu als Beispiel die Mühlenstraße in Leer, die ebenfalls eine Hauptverkehrsstraße gewesen sei. Als Experiment könne er sich eine mögliche Sperrung von Straßenabschnitten vorstellen. Dennoch möchte seine Fraktion zunächst auch die Ergebnisse abwarten.

Protokoll Nr. 9 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

Herr Eichhorn bittet um mehr Respekt für seine Ideen und sieht durch die Veränderung der Verkehrsströme eine Steigerung der Attraktivität der Stadt.

Herr Bongartz stellt heraus, dass dieses Thema in der Vergangenheit bereits oft in Ausschüssen diskutiert wurde. Er unterstreicht nochmals, dass neue Erkenntnisse des Gutachtens als Wissensgrundlage dienen, um anschließend in eine erneute Diskussion zu starten.

Auch **Frau Pohlmann** gibt an, dass ihre Fraktion dem Antrag nicht zustimmen werde. Eine Sperrung der Neutorstraße bekräftigt sie, sei kein neues Thema. Die Ansicht von Herrn Bongartz teilt sie und befürwortet auch eine grundlegende Planung mit anschließender Diskussion.

Herr Docter informiert abschließend, dass bereits vorhandene Messungen der Verwaltung in die neuen Ergebnisse des Gutachtens einfließen werden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 8 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 9 Anfragen

Herr Mälzer bittet in Bezug auf die Einwohnerfragestunde den Vorsitzenden um Nennung des Namens des zu Beginn der Sitzung vortragenden Bürgers.

Herr Kruse fragt diesbezüglich nach, doch der Bürger möchte anonym bleiben.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.